



Nov 2003

Deutsche Rede

Der kranke Mann Europas:
Diagnose und Therapie eines
Kathedersozialisten

Hans-Werner Sinn

ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität
Stiftung Schloß Neuhardenberg

Neuhardenberg, Brandenburg
15. November 2003

© ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. 2003

PRESSE, REDAKTION, KONFERENZEN

Robert Koll (i.V.)

Tel. +49-89-9224-1422

Fax +49-89-9224-1901

Email Koll@ifo.de

Deutsche Rede*

**Der kranke Mann Europas:
Diagnose und Therapie eines Kathedersozialisten****

Hans-Werner Sinn

ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität

Stiftung Schloß Neuhardenberg
Neuhardenberg, Brandenburg

DeutschlandRadio Berlin

Live-Übertragung auf Mittelwelle am 15. November 2003 um 17.00 Uhr
sowie verschiedene Übertragungen auf UKW am selben Tag

* In der "Deutschen Rede" nehmen die Referenten Stellung zu Fragen der Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft in Deutschland. Sie wird von der Stiftung Schloss Neuhardenberg organisiert, von DeutschlandRadio Berlin auf Schloss Neuhardenberg aufgenommen und live gesendet. Sie ist Auftakt und Höhepunkt einer Sendewoche von DeutschlandRadio Berlin, in der in über 70 Beiträgen Stimmungen hinterfragt und Entwicklungen ausgelotet werden.

** Mit dem Begriff "Kathedersozialisten" wurden deutsche Professoren der Nationalökonomie kritisiert, die im 19. Jahrhundert Vorarbeiten für die sozialpolitischen Reformen Bismarcks geleistet hatten. Diese Wirtschaftswissenschaftler gründeten 1873 den Verein für Socialpolitik, der im Laufe der Jahre zu einem Sammelbecken deutscher Wirtschaftswissenschaftler wurde und heute der Fachverband der deutschsprachigen Volkswirte ist. Der Autor war von 1997 bis 2000 Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik.

Was ist nur geschehen? Mut und Fortune scheinen Deutschland zu verlassen. Die Wirtschaft stagniert, die Hiobsbotschaften häufen sich. Monat für Monat gibt es neue Pleiterekorde, viele Unternehmen stecken in einer schweren Krise, die Arbeitslosigkeit nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an, und dennoch drängen die Armen der Welt in unser Land. Ein europäischer Nachbar nach dem anderen zieht beim Pro-Kopf-Einkommen an uns vorbei. Deutschland ist der kranke Mann Europas, ist nur noch Schlusslicht beim Wachstum, außerstande, mit seinen Nachbarn mitzuhalten. War da nicht einmal ein Wirtschaftswunder? Das muss lange her sein. Wunder gibt es heute anderswo.

Der Tanz auf dem Vulkan geht aber weiter. Beim Tourismus bleiben die Deutschen Weltmeister, und ihre Kreuzfahrtschiffe durchpflügen die Ozeane trotziger denn je. Das Rentensystem wird verteidigt, obwohl Kinder, die es finanzieren könnten, fehlen. Die jungen Leute haben den Kinderwagen gegen den Zweitwagen eingetauscht. Verliebt sein und vom Glück träumen will jeder, doch Kinder kommen in den Träumen immer weniger vor. Die Rente kommt vom Staat, und der Strom kommt aus der Steckdose.

Die Regierung beginnt nun zaghaft mit ersten Reformen des Sozialsystems, aber sie wird aus den eigenen Reihen gebremst, weil die meisten Bürger die Notwendigkeit drastischer sozialer Reformen nicht sehen. Eine Regierung kann sich immer nur so weit vorwagen, wie die Wähler es verstehen. Sie kann nicht davon absehen, dass etwa 40% der Wähler ihr hauptsächliches Einkommen als Sozialleistung der einen oder anderen Form vom Staat bekommen und dass die Steuerzahler in der Minderheit sind. Sie kann soziale Einschnitte nur wagen, wenn sie den Bürgern klar machen kann, dass sonst das ganze Gemeinwesen absackt und dass selbst die scheinbar vom Sozialstaat begünstigten Personen zu den Verlierern gehören werden.

Heute will ich versuchen, zu dieser Einsicht beizutragen und klarzumachen, warum die Reformen noch sehr viel weiter gehen müssen als das, was bislang angedacht ist, wenn Deutschlands Volkswirtschaft eine Zukunft haben soll.

Ich werde im ersten Teil des Vortrages versuchen, Sie davon zu überzeugen, dass die Volkswirtschaft tatsächlich großen Gefahren ausgesetzt ist und dass wir handeln müssen. Im zweiten Teil werde ich die Reformen beschreiben, die ich für notwendig halte.

Arbeitslosigkeit

Das zentrale Problem der deutschen Volkswirtschaft ist die Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur einen Verlust an Sozialprodukt, sondern ist ein sozialer Sprengsatz, der, wenn er erst einmal gezündet wird, größten Schaden anrichten kann.

Die heutige Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten 30 Jahren allmählich aufgebaut. Sie zeugt von einem schleichenden Strukturproblem, nicht von einer plötzlichen Krise. Im Jahr 1970 hatte Deutschland nur 150.000 Arbeitslose. In diesem Jahr gibt es 4,4 Millionen, und im nächsten Jahr werden es 4,5 Millionen sein. Das sind nur die offiziellen Zahlen. Rechnet man die Frührentner und die stille Reserve der Arbeitswilligen hinzu, die sich aus Frust schon gar nicht mehr arbeitslos melden, kommt man in erweiterter Definition auf gut und gerne 7,4 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Viel Arbeitslosigkeit wurde in der Vergangenheit in Frühverrentungsmodellen, ABM-Maßnahmen und sonst wo versteckt, aber vom Verstecken der Arbeitslosigkeit wird die Volkswirtschaft nicht gesunden.

Die offiziell gemessene Arbeitslosigkeit wuchs in drei Zyklen. Jeder Zyklus war ungefähr zehn Jahre lang, und jeder erhöhte die Arbeitslosigkeit um eine knappe Million. Der erste Zyklus ging von 1970 bis 1980 und erhöhte die Arbeitslosigkeit um etwa 900.000. Der zweite Zyklus ging von 1980 bis 1991 und brachte abermals 700.000. Der dritte Zyklus endete im Jahr 2001 und brachte 800.000 Arbeitslose im Westen und 1,5 Millionen im Osten. Nun sind wir bereits im vierten Zyklus und steuern auf die 5 Millionen-Grenze zu.

Zwar kam nach jedem Anstieg der Arbeitslosenzahlen eine Phase des Rückgangs. Jedes Mal bejubelte die amtierende Regierung die angeblich Trendwende, aber nie führte der Rückgang wieder auf das Ausgangsniveau zurück. Im Ganzen folgt die Arbeitslosigkeit im Westen einem linear ansteigenden Trend, dessen Ende überhaupt nicht in Sicht ist. Wenn man den Osten hinzunimmt, ist der Trend sogar progressiv nach oben gerichtet.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist offenbar kein Konjunkturproblem. Selbst wenn wir in nächster Zeit einen Super-Boom mit einer hohen Auslastung des Produktionspotenzials bekämen, hätten wir nach offizieller Rechnung immer noch etwa vier Millionen Arbeitslose in Deutschland.

Schlusslicht Deutschland

Wer nicht arbeitet, erzeugt kein Sozialprodukt und verdient kein Geld. Die Volkswirtschaft wächst nicht mehr, und die Nachfrage nach den Produkten des Unternehmenssektors bleibt gering.

Die deutsche Volkswirtschaft ist in den acht Jahren seit 1995 real nur noch um 10% gewachsen. Das ist der niedrigste Wert unter allen europäischen Staaten. Im Durchschnitt wuchs die Wirtschaft der Europäischen Union in der gleichen Zeitspanne um 18%. Frankreich wuchs mit fast demselben Tempo, nämlich mit 19%, und Großbritannien wuchs gar um 22%. Deutschland ist das Schlusslicht unter allen europäischen Ländern.

Die britischen Erfolge sind die Spätfolgen der Reformen Margret Thatchers in den achtziger Jahren. Margret Thatcher hatte die britische Staatsindustrie privatisiert, die Macht der Gewerkschaften begrenzt und die sozialen Leistungen des Staates zusammengestrichen. Sie hat radikale Reformen durchgeführt, wie wir sie uns in Deutschland kaum vorstellen können. Ich weiß nicht, ob ich die Nachahmung empfehlen sollte. Aber es steht fest, dass sie damit Erfolg gehabt hat. John Major und Tony Blair haben die Früchte ihrer Politik ernten können.

Franz Müntefering hat Deutschlands Schlusslichtposition mit der Bemerkung bestritten, dass die deutsche Wachstumsrate deshalb so niedrig sei, weil wir bereits da seien, wo die anderen erst noch hinwollen. Europa sei in einem Konvergenzprozess begriffen, bei dem die armen Länder schneller wüchsen als die reichen. Da wir reich sind, sei es verständlich, dass die anderen, noch im Aufholprozess befindlichen Länder schneller wachsen als wir.

Das ist eine schöne Theorie. Aber nicht alle schönen Theorien stimmen. Als Margret Thatcher gewählt wurde - das war im Jahr 1979 - war Großbritanniens Pro-Kopf-Einkommen nur halb so groß wie das deutsche. In den achtziger Jahren krepelte sie das Land um, und in den neunziger Jahren kam dann der Aufschwung. Die Arbeitslosigkeit ging zurück, und das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich so dramatisch, dass das Land im Jahr 2000 sogar Deutschland überholte.

Nun könnte man denken, dies liege einfach daran, dass die neuen Bundesländer mit ihrer nur geringen Produktivität unseren Durchschnitt rechnerisch nach unten ziehen. Aber auch das stimmt nicht. Großbritannien hat sogar Westdeutschland überholt.

Andere Länder sind noch nicht ganz so weit, doch den bundesdeutschen Durchschnitt übertreffen viele. So knallten im Jahr 2002 die Sektkorken im Elysée

Palast, als klar wurde, dass man Deutschland in diesem Jahr noch überholen würde. Frankreich hat zwar auch seine Probleme, dennoch wächst es schneller als unser Land und wird sich in den folgenden Jahren immer mehr von uns entfernen.

Auch eine Reihe kleinerer Länder hat uns in den letzten Jahren überholt. Dazu gehören zum Beispiel Finnland, Holland, Österreich und vor allem Irland, der europäische Shooting Star, vor 30 Jahren noch das Armenhaus Europas.

Besonders muss uns irritieren, dass die Österreicher nun an uns vorbeigezogen sind, denn lange hatten wir uns angewöhnt, auf die Nachbarn im Süden, die mit ihrem Austro-Sozialismus ganz offenkundig nicht zurechtkamen, herabzuschauen. Nun haben die Österreicher ihren ideologischen Ballast abgeschüttelt und schauen von ihren hohen Bergen mitleidsvoll auf *uns* herab.

Mehr Hiobsbotschaften

Das alles ist ziemlich blamabel und gesellt sich zu anderen Hiobsbotschaften hinzu.

Letztes Jahr haben wir mit 3,6% Neuverschuldung die Maastricht-Leine gerissen und uns zum Gespött der Länder Europas gemacht. Dieses Jahr und nächstes Jahr geht das so weiter. Die finanziellen Zugeständnisse im EU-Haushalt, die wir den stabileren Ländern Europas werden anbieten müssen, um die vorgesehene Vertragsstrafe von etwa 15 Mrd. Euro zu vermeiden, werden nicht kleiner sein als die Strafe selbst. Die lange erstrebte Reduktion der deutschen Nettozahlungen können wir in den Wind schreiben.

Die Zahl der Wirtschaftspfeifen hat in den letzten Jahren mit beängstigender Geschwindigkeit zugenommen. Wir haben heute allein schon in Westdeutschland drei Mal so viele Konkurse wie vor zehn Jahren und fünf mal so viele wie vor 25 Jahren. Die Zahl der Konkurse im Mittelstand wächst derzeit trotz der besser werdenden Konjunkturdaten noch exponentiell an. Die großen deutschen Banken wurden davon empfindlich getroffen, weil sie erhebliche Teile ihrer Kredite abschreiben mussten. Eine drastische Herabstufung durch die internationalen Rating-Agenturen war die bittere Folge. Die besten Adressen befinden sich heute nicht mehr in Deutschland.

Die neuen Bundesländer machen auch keine Freude. Seit 1997 wachsen sie langsamer als die alten. Die Lücke zwischen Ost und West wird prozentual größer statt kleiner. Es kann keine Rede davon sein, dass zusammenwächst, was da zusammenwachsen soll. Von einem sich selbst tragenden Aufschwung keine Spur.

Zwar wächst die Industrie nach dem Kahlschlag durch die Treuhandanstalt prozentual schneller als im Westen, aber was da wächst, ist ein winziges Pflänzlein. Der Anteil der Industriebeschäftigten an allen privat Beschäftigten liegt in den neuen

Ländern bei nur 15%, was weniger als die Hälfte des Wertes für die alten Länder ist. Die neuen Länder liegen noch nicht einmal auf dem Niveau des italienischen Mezzogiorno, wo 19% gemessen werden.

Die neuen Länder sind in Wahrheit eine deindustrialisierte Zone, die am Tropf des Westens hängt. Pro Jahr fließen schätzungsweise immer noch 85 Mrd. Euro über die öffentlichen Kassen in die neuen Länder, sei es in Form von Arbeitslosengeldern und Renten, sei es über den Länderfinanzausgleich oder durch Ausgaben des Bundes, die den neuen Ländern zu Gute kommen. Der Verbrauch an Gütern und Leistungen durch den Staat, die Investoren und die privaten Haushalte übersteigt die eigene Erzeugung um etwa 45%.

Das hat es in ähnlicher Größenordnung noch nie irgendwo in der Geschichte der Menschheit gegeben. Jeder dritte Euro, der in den neuen Ländern ausgegeben wird, kommt aus dem Westen. Von ihm sind 75 Cent geschenkt und 25 Cent geliehen. Das ist eine Entwicklung, die nicht mehr als nachhaltig bezeichnet werden kann, um ein neudeutsches Wort zu verwenden.

Bislang haben wir die Kosten der neuen Länder fast vollständig durch eine Zunahme der Staatsverschuldung gedeckt. So betragen die Kosten der Transfers in die neuen Länder von der Wiedervereinigung bis zum Ende des letzten Jahres circa 850 Mrd. Euro, und die Staatsschuld wuchs in der gleichen Zeit um etwa 770 Mrd. Euro. Der Fortsetzung dieser Politik ist aber wegen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein Riegel vorgeschoben.

Seit dem Jahr 2002 liegt die erlaubte Nettoneuverschuldung unter den laufenden Zinsen für die aufgeblähte Staatschuld. Die Zinslasten betragen in diesem Jahr 68 Mrd. Euro, die tatsächliche Neuverschuldung lag bei 76 Milliarden Euro, doch erlaubt war nur eine Neuverschuldung in Höhe von 63 Mrd. Euro.

Wir sind heute schon die zukünftigen Generationen, die beim Schuldenthema immer beschworen werden. *Wir* müssen die kreditfinanzierten Sozialleistungen bezahlen, die die sozialliberale Koalition in den siebziger Jahren unter das Volk gebracht hat, und zusätzlich müssen *wir* für die kreditfinanzierten Sozialtransfers im Zuge der deutschen Vereinigung aufkommen. Eine weitere Lastenverschiebung in die Zukunft ist nicht mehr möglich. Die Zeche muss von nun an immer gleich beim Verzehr bezahlt werden.

Und denken Sie nur an Pisa. Deutschland belegt bei den Sprach- und Mathematiktests der Fünfzehnjährigen unter allen OECD-Ländern nicht einmal einen Mittelplatz. Weit abgeschlagen blamiert sich das Land der Dichter und Denker auch in

einem Bereich, der früher einmal seine Domäne war und in dem ein Gutteil seines Selbstverständnisses begründet ist.

Zu allem gesellen sich die demographischen Probleme. Die Deutschen haben kaum noch Kinder. 100 deutsche Frauen bringen nur noch 135 Kinder zur Welt. 100 französische Frauen bringen demgegenüber 190 Kinder zur Welt. Etwa 40% der deutschen Akademikerinnen haben überhaupt keine Kinder mehr.

Die Deutschen altern deswegen schneller als fast alle anderen Völker. In 30 Jahren werden wir doppelt so viele Alte relativ zu den Jungen haben wie heute. Unser Land vergeist. Die Innovationskraft lässt nach, die Unternehmer sterben aus, und die Rentenversicherung kommt in die Krise. Wenn wir den Beitragssatz und den prozentualen Bundeszuschuss konstant halten, fällt das Rentenniveau bis zum Jahr 2035 auf etwa die Hälfte des heutigen Wertes. Die meisten Renten werden dann unter der Sozialhilfe liegen. Auch durch eine Erhöhung des Rentenalters wird man daran nicht allzu viel ändern können. Altersarmut und Notstand sind vorprogrammiert.

Schon heute hat Frankreich mehr Neugeborene als Deutschland, obwohl es bislang noch deutlich kleiner ist. In 30 Jahren wird es mehr dreißigjährige Franzosen als Deutsche geben. Es ist deshalb klar, wohin sich die Wachstumskräfte Europas verlagern.

Basar-Ökonomie

Die akute Gefährdung der Volkswirtschaft unseres Landes wird manchmal mit dem Hinweis auf die in diesem Jahr recht hohen deutschen Exportwerte in der internationalen Zahlungsbilanzstatistik heruntergespielt. Aber die Statistiken täuschen, denn sie nehmen keine Rücksicht darauf, welcher Anteil der Exporterlöse auf eine Wertschöpfung in Deutschland zurückzuführen ist. Der von Deutschland exportierte Audi, dessen Motor aus Ungarn kommt, wird zu 100% dem deutschen Export zugerechnet.

Dies führt mich zu einem wichtigen Thema, dem so genannten Outsourcing der Produktion nach Osteuropa, also der Verlagerung arbeitsintensiver Teile der Vorproduktkette. Diese Verlagerung wird durch die extrem niedrigen Löhne in diesen Ländern induziert, die in den neuen EU-Ländern Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn in der Größenordnung von einem Sechstel der unsrigen liegen und in Rumänien und Bulgarien gar nur ein Siebzehntel ausmachen.

Was Asien für die deutsche Großindustrie war, als sie den deutschen Lohnkosten auswich, ist Osteuropa für den Mittelstand. Die geographischen und kulturellen

Abstände zu uns sind klein genug, um das Engagement im Osten zu überschaubaren Rüstkosten wagen zu können. Wer in dem immer schärfer werdenden Wettbewerb auf den Weltmärkten überleben will, muss heute die arbeitsintensiven Teile der Vorproduktkette in Niedriglohnländer verlagern, und das tun die deutschen Firmen in zunehmendem Maße.

In Deutschland wird noch die Endmontage der Industrieprodukte durchgeführt, aber der Anteil der Wertschöpfung, der in unserem Lande anfällt, also der Anteil der Löhne und Kapitaleinkommen am Wert der Fertigwaren, der auf Deutschland entfällt, wird immer kleiner. Deutschland entwickelt sich allmählich in die Richtung einer Basar-Ökonomie, die die Weltmärkte mit den Waren bedient, die wir in unserem osteuropäischen Hinterland produzieren lassen.

Ich gebe zu, dass der Begriff der Basar-Ökonomie eine Karikatur ist, aber er ist eine Karikatur, der die Wirklichkeit schneller näher kommt, als viele es glauben wollen. Ein Blick auf die Statistik ist hier nützlich. Sie zeigt, dass etwa ab 1995 eine starke Entkoppelung von Industrieproduktion und realer Wertschöpfung stattgefunden hat, während sich beide Werte vorher ziemlich parallel entwickelten. So stieg die reale Industrieproduktion seit dem ersten Quartal 1995 bis zum ersten Quartal dieses Jahres um 15%, doch die reale Wertschöpfung in der deutschen Industrie nahm nur um 5% zu. Offenbar entfiel der Löwenanteil des industriellen Produktionswachstums, das unsere Statistiken verzeichnen, auf die Zunahme der ausländischen Vorleistungen, die von der Industrie eingekauft wurden. Es passt in dieses Bild, dass die Industriebeschäftigung im gleichen Zeitraum um 10% fiel.

Durch das Outsourcing bleiben die deutschen Firmen wettbewerbsfähig. Sie können ihre Weltmarktpositionen einigermaßen verteidigen. Was dabei jedoch nicht wettbewerbsfähig bleibt, sind die deutschen Arbeitsplätze. Sie werden mit hohem Tempo abgebaut. Die deutschen Firmen bleiben wettbewerbsfähig, und der deutsche Export bleibt stark, doch die deutschen Arbeitnehmer haben ihre Wettbewerbsfähigkeit bereits verloren. Viereinhalb Millionen Deutsche sind arbeitslos. 4,5 Millionen Deutsche sind nicht mehr wettbewerbsfähig.

Besser und teurer?

Ob man wettbewerbsfähig ist, hängt davon ab, wie gut man ist und wie teuer man ist. Das gilt für eine Firma genauso wie für einen Menschen, der seine Arbeitskraft anbietet. Ob wir noch sehr viel besser als unsere Wettbewerber sind, kann man nach Pisa bezweifeln. Auf jeden Fall sind wir aber sehr viel teurer. Deutschland hat mit der Ausnahme von Norwegen heute die höchsten Stundenlohnkosten für Industriearbeiter

auf der ganzen Welt. Selbst die anderen skandinavischen Länder und die USA haben deutlich niedrigere Lohnkosten. Und Norwegen kann sich den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit bei der Industrieproduktion leisten, weil es vom Verkauf seiner natürlichen Ressourcen lebt. Das Land kann für uns kein Maßstab sein.

Wenn es den Euro nicht gegeben hätte, der Deutschland seines Zinsvorteils gegenüber den anderen Ländern beraubt hat, ...

Wenn es den europäischen Binnenmarkt nicht gegeben hätte, der uns den Vorteil der Größe des eigenen Marktes genommen hat, ...

Wenn es die Globalisierung mit der Niedriglohnkonkurrenz aus Fernost nicht gegeben hätte, ...

Wenn der Eiserne Vorhang nicht gefallen wäre, der uns in Osteuropa unmittelbar vor der eigenen Haustür eine neue Niedriglohnkonkurrenz beschert hat, ...

Ja, wenn das Wörtchen "wenn" nicht wäre, dann hätten wir die höchsten Stundenlohnkosten auf der Welt vermutlich verteidigen können, und wir brauchten keine Abstriche an unserem Wohlfahrtsstaat vorzunehmen.

Aber diese Spekulation ist müßig. Die Welt hat sich nun einmal in den letzten beiden Jahrzehnten dramatisch verändert, und das müssen wir so hinnehmen, wie es ist. Da hilft kein Lamentieren, sondern nur ein beherztes Reagieren.

Wir stehen heute wieder in einer ähnlichen Situation wie zur Zeit Bismarcks, vor 120 Jahren, als Deutschland die großen Sozialreformen durchführte, die dann von vielen Ländern nachgemacht wurden. Und als Volkswirt fühle ich mich in einer ähnlichen Situation wie Schmoller, Wagner und Brentano, meine damaligen Kollegen vom Verein für Socialpolitik, die, als Kathedersozialisten belächelt, mitgeholfen hatten, die Reformen Bismarcks gedanklich vorzubereiten. Ich fühle mich der Tradition des Vereins für Socialpolitik verpflichtet, nicht nur, weil ich diesen Verein selbst geleitet habe, sondern auch, weil ich uns heute wieder in einer ähnlichen Umbruchphase sehe wie damals. Deutschland hat den Sozialstaat weiter entwickelt als andere Länder, und es spürt seine Rückwirkungen heftiger als sie. Es ist heute an der Zeit, den Sozialstaat nachzujustieren, um ihn an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Wenn wir beherzt vorgehen, wird unser Gemeinwesen wieder gesunden. Wenn wir uns aufraffen, die Reformen jetzt durchzusetzen, wird Wachstum und Wohlstand in dieses Land zurückkehren.

Bildung

Was muss geschehen?

Sicher, wir müssen besser werden. Eine Bildungsoffensive muss nun endlich kommen.

Es geht nicht an, dass wir anteilig zum Sozialprodukt noch nicht einmal so viel Geld für die öffentliche Bildung ausgeben wie die USA und deutlich unter dem OECD-Durchschnitt liegen.

Es geht nicht an, dass wir mit unseren Halbtagschulen die Möglichkeit vergeben, wertvolles Humankapital zu bilden, obwohl die ganze Welt Ganztagschulen hat.

Es geht nicht an, dass wir die Schüler bereits im Alter von zehn Jahren sortieren und damit viele Talente übersehen, die in den unteren Bevölkerungsschichten schlummern.

Es geht nicht an, dass unsere Hochschulen als bürokratische Einrichtungen, die ihr Geld nur vom Staat bekommen, am gegenseitigen Wettbewerb gehindert werden.

Hier muss viel passieren, aber so energisch wie die notwendigen Reformen auch in Angriff nehmen: Bis neu ausgebildete Schüler- und Studentengenerationen in nennenswerter Zahl auf den Arbeitsmärkten in Erscheinung treten, werden mindestens zwei Jahrzehnte vergehen. Bis dahin wird die deutsche Volkswirtschaft in die Knie gegangen sein, wenn wir nicht zugleich billiger werden.

Staatsquote

Billiger zu werden, ist nicht angenehm, denn was die Arbeitsplätze in Deutschland teuer macht, ist unser eigener Lohn und das Transfereinkommen, das wir, finanziert aus den Sozialabgaben, vom Staat erhalten. Aber dennoch müssen wir uns bewegen.

Billiger können wir werden, wenn die Steuern und Sozialabgaben fallen. Dazu muss der Sozialstaat zurückgeschraubt werden. Es ist ein Unding, wenn der Staat von der Summe aller Bruttoeinkommen, die in Deutschland verdient werden, bereits mehr als die Hälfte, nämlich genau 57%, für seine Zwecke absorbiert. Wenn wir auf einer Skala, die von null bis hundert reicht, null als die reine Marktwirtschaft und hundert als den reinen Kommunismus bezeichnen, stehen wir in Deutschland dem Kommunismus offenbar schon näher als der Marktwirtschaft. "DDR-light" hat der Jurist Arnulf Baring dazu gesagt.

Der Vergleich muss erschrecken, denn er entspricht nicht unserem Selbstverständnis. Mit dem Kommunismus wollen wir ja nun wirklich nichts mehr zu

tun haben. Aber die Zahl stimmt nun einmal: 57% sind mehr als die Hälfte. Wenn diese Zahl nicht zur Staatsräson passt, dann sollte man entweder ehrlich sein und die Staatsräson ändern, oder man sollte die Staatsräson behalten und die Zahl ändern, was im Zweifel der bessere Weg wäre.

Natürlich müssen wir dabei auch andere Ausgaben des Staates zurücknehmen, vor allem die Subventionen, die in der Marktwirtschaft eigentlich gar nichts zu suchen haben.

Die Kohlesubventionen sind teurer, als wenn wir die Kumpel ganzjährig in einem Hotel auf Mallorca unterbringen.

Die Agrarsubventionen haben unsere landwirtschaftlichen Betriebe zu stinkenden Agrarfabriken gemacht, die die Landschaft verschandeln.

Und mit den steuerlichen Abschreibungsvergünstigungen für Investitionen in die Filmindustrie Hollywoods haben wir der deutschen Filmindustrie das Leben schwerer gemacht.

Die Liste des Unsinn lässt sich beliebig verlängern.

Die deutsche Krankheit

Aber die bloßen Kostensenkungen beim Staat reichen nicht. Wir müssen den Sozialstaat auch so reformieren, dass er besser mit der privaten Wirtschaft harmoniert. Selbst dann, wenn der Sozialstaat vom lieben Gott bezahlt würde statt durch die Sozialabgaben und Steuern der Bürger, würde er nämlich Arbeitslosigkeit erzeugen. Der einfache Grund ist, dass der Sozialstaat sein Geld als Lohnersatz zur Verfügung stellt. Ob wir an das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe, die Sozialhilfe oder Frühverrentungsmodelle denken: Immer fließt das staatliche Geld genau dann, wenn man nicht arbeitet, und hört in dem Maße auf zu fließen, wie man es tut.

Der Sozialstaat gebärdet sich wie ein Konkurrent der privaten Wirtschaft auf den Arbeitsmärkten, der die Lohnansprüche hochtreibt, indem er ansprechende Ersatzeinkommen für das Nichtstun anbietet. Zwischen der Hochlohnkonkurrenz des Sozialstaates zu Hause und der Niedriglohnkonkurrenz auf den Absatzmärkten der Welt wird die deutsche Wirtschaft allmählich zerrieben. Das ist der eigentliche Grund für die deutsche Misere.

Besonders problematisch ist in dieser Hinsicht die Sozialhilfe, denn sie zieht eine Lohnuntergrenze in die Tarifstruktur ein, die alle Tariflöhne, wie die Falten im Balg einer Ziehharmonika, von unten her hochdrückt, umso mehr, je niedriger die

Qualifikationsstufe ist. Die Sozialhilfe ist in den 30 Jahren von 1970 bis 2000 um 450% gestiegen, während der Industriearbeiterlohn, der im internationalen Vergleich selbst bereits ungewöhnlich rasch zunahm, um 350% stieg. Wegen der Niedriglohnkonkurrenz auf den Absatzmärkten hätte sich die Lohnskala in dieser Zeit eigentlich nach unten hin weiter öffnen müssen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, doch die Sozialhilfe hat diese Skala statt dessen immer weiter zusammengestaucht.

Dies ist der Grund dafür, dass sich die Arbeitslosigkeit unter den gering Qualifizierten konzentriert. 40% der offiziell Arbeitslosen haben keinen Berufsabschluss und keine höhere Schulbildung, und in einem weiteren Sinne sind sogar weit über die Hälfte der Arbeitslosen als gering Qualifiziert anzusehen. Wenn man die Arbeit der gering Qualifizierten durch die Lohnkonkurrenz des Staates künstlich verteuert, ist die Arbeitslosigkeit unausweichlich.

Manchmal wird gesagt, die Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten sei quasi naturgesetzlich, als Folge des technischen Fortschritts über uns hereingebrochen und hätte deshalb die einfache Arbeit vernichtet. Diese These ist falsch, weil sie nicht berücksichtigt, dass die Rationalisierungsentscheidungen der Unternehmen von der Lohnhöhe abhängen. Roboter werden nur dann eingesetzt, wenn sie billiger als die menschliche Arbeit sind.

Schauen Sie sich die Werkhallen von VW bei uns in Wolfsburg und in Mlada Boleslav, dem früheren Jungbunzlau, in Tschechien an. Hier stehen lauter Roboter, dort lauter Menschen. Kein Wunder, die Tschechen sind halt viel billiger als die Roboter, und die Deutschen sind teurer. In Wolfsburg lohnt sich ein Roboter bereits, wenn er zwei Arbeiter ersetzt. In Jungbunzlau lohnt er sich erst, wenn er zehn Arbeiter entbehrlich macht.

Wenn die These vom exogenen technischen Fortschritt richtig wäre, hätte sich die Arbeitslosigkeit unter den gering Qualifizierten auch in den anderen entwickelten Ländern so erhöhen müssen wie in Deutschland. Das aber ist nicht der Fall. Wir sind, was wenig bekannt ist, in der OECD-Statistik Weltmeister bei der Arbeitslosigkeit unter den gering Qualifizierten.

Die Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten ist die eigentliche Krankheit unseres Landes, und sie hat ihre Ursache ganz sicherlich im Lohnersatzsystem des Sozialstaates.

Migration

Die Lohnstarrheit, die vom Lohnersatzsystem bewirkt wird, hatte übrigens auch zur Folge, dass die deutsche Volkswirtschaft außerstande war, die 4,6 Millionen ausländischen Erwerbspersonen, die in den letzten dreißig Jahren nach Deutschland gewandert sind, sinnvoll in das Arbeitsleben zu integrieren. Zwar fanden die meisten Ausländer eine Stelle, doch handelte es sich dabei zumeist um Stellen, die Einheimische für sie frei machten. Statt sich mit den Zuwanderern auf eine Niedriglohnkonkurrenz einzulassen, haben sich die einheimischen Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation in den Sessel drängen lassen, den der Sozialstaat für sie bereit stellte. Auf indirektem Wege kam es deshalb zu einer Zuwanderung in die Arbeitslosigkeit, eine ganz und gar unsinnige Entwicklung.

Aktivierende Sozialhilfe

Das kann so nicht bleiben. Den Sozialstaat brauchen wir, aber es ist nicht richtig, dass er das Geld, das er für die weniger leistungsfähigen Mitglieder der Gesellschaft zur Verfügung stellt, an die Bedingung des Nichtstuns knüpft, denn dann verhindert er die zur Schaffung von Arbeitsplätzen nötige Lohnflexibilität. Das Leitbild des Sozialstaates der Zukunft muss die Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wer eine so geringe Leistungsfähigkeit hat, dass er selbst nicht genug verdienen kann, der muss vom Staat unterstützt werden, aber die Unterstützung muss an die Bedingung der Mitarbeit geknüpft sein. Der Punkt, wo man die maximale Unterstützung vom Staat bekommt, darf nicht mehr wie heute bei einem eigenen Einkommen von null liegen, sondern sollte zu einem gewissen Mindesteinkommen hin verschoben werden, das man sich selbst erarbeiten muss. Er könnte ungefähr bei einem Einkommen liegen, das man mit einer Halbtagsbeschäftigung im Niedriglohnbereich erzielt.

Dann tritt der Staat nicht als Konkurrent der privaten Wirtschaft auf, sondern als ihr Partner. Die Löhne können fallen, doch die Einkommen der Armen bleiben gesichert. Mehr Stellen werden von der Wirtschaft geschaffen.

Dies ist die Philosophie hinter dem Modell der Aktivierenden Sozialhilfe, das vom ifo Institut entwickelt und unter dem Namen Existenzgrundlagengesetz mehrheitlich vom Bundesrat angenommen wurde. Wir erwarten auf längere Sicht mindestens 2 Millionen zusätzliche Stellen durch die Realisierung dieses Modells und auf jeden Fall eine substantielle Einkommensverbesserung der bisherigen Sozialhilfeempfänger.

Ohne die Aktivierende Sozialhilfe lässt sich die nötige Lohnflexibilität nicht sozialverträglich herstellen, und ohne Lohnflexibilität sehe ich nur geringe Chancen, den Wettbewerb mit den neuen EU-Ländern zu bestehen. Insbesondere sehe ich keine

Chancen für die neuen Bundesländer, um deren Wettbewerbskraft es noch schlechter bestellt ist als um jene der alten Länder. Zwischen den Niedriglohnländern Polen und Tschechien auf der einen und der hochproduktiven westdeutschen Wirtschaft auf der anderen Seite bleibt ihnen sonst keine Luft mehr zum Atmen.

Agenda 2010

Die Agenda 2010 der Bundesregierung ist ein an sich richtiger Schritt. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Anspruchslöhne der Arbeitslosen fallen und dass zu niedrigeren Löhnen wieder mehr Stellen geschaffen werden können.

Das Problem ist jedoch die Regelung, dass die Niedriglöhne nicht unter das ortsübliche Vergleichsniveau fallen können. Sie war von den SPD-Linken in letzter Minute in das Gesetzeswerk eingefügt worden. Zu den ortsüblichen Vergleichslöhnen hat es schon in der Vergangenheit nicht genug Stellen gegeben. Daran wird sich in der Zukunft nichts ändern. Mehr Beschäftigung gibt es nur, wenn die Löhne fallen.

Die Politik will dies "um den Deibel" nicht wahrhaben. Dennoch führt an dieser einfachen Wahrheit kein Weg vorbei.

Die Bundesregierung setzt auf die Veränderung der Zumutbarkeitsregeln für den weiteren Bezug von Lohnersatzleistungen. Arbeitslosengeld und Sozialhilfe werden gekürzt, wenn man den Abstieg in eine niedrigere Lohnstufe nicht akzeptiert. Der Manager wird Sachbearbeiter, und der Sachbearbeiter geht in die Poststelle. Alle Arbeitslosen werden gezwungen, abzustiegen, aber weil die Löhne in jeder Hierarchiestufe fixiert sind, wird es nirgends mehr Jobs geben. Statt dessen findet eine weitere Verdrängung der gering Qualifizierten statt. Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich noch stärker auf den untersten Stufen der Leiter, als das ohnehin schon der Fall ist. Ich hoffe, dass dieser Unsinn vom Bundesrat gekippt wird. Das Modell des Bundesrates ist hier eindeutig die bessere Alternative. Ein Glück, dass wir ein föderales System haben, das die Regierungsvorschläge korrigiert.

Verzögerte Integration in das Sozialsystem

Wenngleich der Umbau des Sozialstaates vom Rivalen zum Partner der privaten Wirtschaft bei weitem die wichtigste Reform ist, die die deutschen Arbeitnehmer brauchen, um mittelfristig wieder wettbewerbsfähig zu werden, ist die Liste der notwendigen Reformen unseres Landes damit nicht erschöpft.

Um zu verhindern, dass nach der Osterweiterung übermäßige Zuwanderungsströme aus Osteuropa in unser Land drängen, sollten Zuwanderer nur verzögert in das Sozialsystem integriert werden. Leider geht die neue EU-Verfassung mit ihrer für Europa angedachten Sozialunion genau in die andere Richtung, indem sie das Recht auf soziale Leistungen für die Zuwanderer stärkt.

In Deutschland ist die Sozialhilfe für eine Familie mit zwei Kindern mehr als drei Mal so hoch wie der polnische Durchschnittslohn. Wohlfahrtswanderungen größeren Ausmaßes wären vorprogrammiert, wenn die Verfassung so durchkäme, wie sie jetzt vorgeschlagen wird.

Tarifrecht

Wir brauchen zur Erhöhung der Lohnflexibilität auch dringend eine Reform des Flächentarifvertrages, die den Betrieben das Recht zu untertariflichen Lohnabschlüssen gibt. Wenn ein Betrieb kurz vor dem Konkurs steht, dann muss es der Belegschaft erlaubt sein, einer Lohnsenkung unter den Tariflohn auch dann zuzustimmen, wenn diese Lohnsenkung von der Gewerkschaft und dem Unternehmerverband abgelehnt wird. Echter Wettbewerb verlangt die Möglichkeit, die Konkurrenten zu unterbieten, die in diesen Verbänden organisiert sind. Es darf nicht sein wie bei Philipp Holzmann, als der Arbeitgeberverband und die Gewerkschaften die Belegschaft daran hinderten, ihren Betrieb durch eine Lohnsenkung zu retten, oder wie bei Viessmann, als die Gewerkschaften den Betriebsrat verklagten, weil er einer unentgeltlichen Erhöhung der Arbeitszeit zugestimmt hatte, um die Produktion einer neuen Gastherme im Land zu halten.

Angesichts der dramatischen Beschleunigung der Konkurszahlen in Deutschland ist dies eine notwendige Sofortmaßnahme zur Verringerung größeren Unglücks.

Deutschlands Arbeitsmärkte sind durch die Kartellmacht der Gewerkschaften und die Gegenmacht der Unternehmensverbände verkrustet. Der Arbeitsmarkt wird nicht funktionieren, wenn es uns nicht gelingt, die Macht der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu beschneiden.

Arbeitszeit

Außerdem müssen wir alle sicherlich länger arbeiten. In der internationalen Rangskala der jährlichen Arbeitszeiten stehen die Deutschen ganz unten. Wir leben in einem Freizeitparadies. Wenn wir 10% mehr arbeiten, also 42 statt 38 Stunden, dann fallen die Lohnkosten um etwa 10%. Damit könnten wir zum Beispiel den Nachteil bei den

Stundenlohnkosten gegenüber unserem Nachbarland Holland wettmachen, der sich in den letzten zwei Jahrzehnten aufgebaut hat. Holland hat mit dem Wassenaar-Abkommen von 1982 gezeigt, wie man durch eine Lohnzurückhaltung ein Beschäftigungswunder erzielt. Der einfachste Weg, den holländischen Stundenlöhnen wieder näher zu kommen, besteht darin, für das gleiche Geld länger zu arbeiten.

Steuern

Sodann brauchen wir die Steuerreform nach der Steuerreform. Was die Regierung jetzt vorziehen will, kann nicht das letzte Wort sein. Der scharfe internationale Wettbewerb um das mobile Anlagekapital zwingt uns dazu, die Kapitaleinkommen niedriger zu besteuern, ähnlich wie es die skandinavischen Ländern mit ihrer sogenannten dualen Einkommensteuer tun. Der Sachverständigenrat hat sich gerade in dieser Woche, genauso wie ich in meinem Buch, aber ohne, dass wir uns abgestimmt hätten, für die duale Besteuerung ausgesprochen. Duale Besteuerung heißt, dass man Kapitaleinkommen aus der allgemeinen Besteuerung herausnimmt und geringer belastet, um so die internationale Standortkonkurrenz besser zu bestehen. Zugleich sollte für die übrigen Einkommen ein Stufentarif mit einem maximalen Steuersatz von 35% eingeführt werden, um der Schwarzarbeit das Wasser abzugraben und die Arbeitsanreize wieder zu stärken.

Renten

Die langfristig wichtigste Reform besteht in einer fundamentalen Erneuerung des Rentensystems. Das alte System wird, wie erläutert, nicht in der Lage sein, auskömmliche Renten oberhalb der Sozialhilfe zu sichern. Deshalb braucht man eine Verstärkung aus anderen Quellen.

Die Riester-Rente ist der prinzipiell richtige Weg, denn das, was die Deutschen mangels Kindern nicht mehr in Humankapital investieren, müssen sie in Realkapital investieren. Von nichts kommt nun einmal nichts. Eine Gesellschaft, die weder in Humankapital noch in Realkapital investiert, muss im Alter hungern. Daran führt leider trotz der Rentenversicherung kein Weg vorbei.

Das Problem ist nur, dass die Riester-Rente die Familien vor unlösbare Aufgaben stellt, weil die Summe der Belastungen zu hoch wird. Familien finanzieren mit den laufenden Rentenbeiträgen heute die Renten ihrer Eltern. Mit den Ausgaben für die Kindererziehung sichern sie der Allgemeinheit die Renten in der Zukunft. Und mit

den Ausgaben für das Riester-Sparen sollen sie zudem für die eigenen Renten sorgen. Eine dieser drei Belastungen ist zu viel.

Deshalb schlage ich vor, als Ergänzung zu der siechenden Altrente eine neue Kinderrente für Eltern einzuführen, die im Laufe der Zeit so ansteigt, dass sie den Eltern trotz der schrumpfenden gesetzlichen Renten das Rentenniveau von heute permanent sichert. Sie muss von allen Erwerbstätigen finanziert werden, denn alle haben Eltern.

Die Riesterreute wird demgegenüber als Pflichtrente für die Kinderlosen reserviert. Jeder muss also dafür sorgen, dass er seine gesetzliche Rente aufstockt. Die Familien tun es, indem sie Kinder großziehen, also Humankapital bilden. Das verschafft ihnen in der Zukunft den Anspruch auf die Kinderrente. Und die Kinderlosen tun es, indem sie auf dem Wege des Riester-Sparens Realkapital bilden. Die Leistungsfähigkeit dafür ist vorhanden. Gerade auch die, die ihr Geld nicht für die Kindererziehung ausgeben, weil sie keine Kinder bekommen wollen oder können, verfügen über die für das Riester-Sparen nötigen Mittel.

Da die Pflicht zum Riester-Sparen sukzessive mit der Geburt von Kindern erlassen werden kann, wird dieses System den Familien die Liquidität sichern, wenn sie sie benötigen, und zudem die ökonomischen Anreize zu einer Entscheidung für Kinder verbessern. Dann werden die Renten wieder gesichert, und die Dynamik kehrt nach Deutschland zurück.

Unser Land wird dann nicht nur eine Vergangenheit, sondern auch eine Zukunft haben.

Zusammenfassung

Ich darf das Wichtigste zusammenfassen, meine Hörerinnen und Hörer, denn ich komme zum Schluss. Deutschlands Wirtschaft bleibt vielleicht wettbewerbsfähig, weil sie zu einer Basar-Ökonomie mutiert, die die Waren, die sie in die Welt exportiert, in ihrem osteuropäischen Hinterland produzieren lassen kann. Aber die deutschen Arbeitsplätze verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit. Etwa 4,5 Millionen Deutsche sind heute schon nicht mehr wettbewerbsfähig.

Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich in einem Maße bei den gering Qualifizierten, wie es in keinem anderen entwickelten Land zu beobachten ist. Dies ist die deutsche Krankheit. Um die Krankheit zu heilen, muss der Sozialstaat sich vom Rivalen zum Partner der privaten Wirtschaft entwickeln. Lohnergänzung statt Lohnersatz ist die Devise für den neuen Sozialstaat. Damit wird die zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit notwendige Lohnflexibilität geschaffen.

Die Kartellmacht der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände muss beschnitten werden. Die Betriebe müssen das Recht erhalten, sich durch untertarifliche Lohnsenkungen vor dem Konkurs zu retten, und zwar auch dann, wenn die in den Verbänden organisierten Konkurrenten das nicht gutheißen.

Die Rentenversicherung muss aufgestockt werden, weil sie angesichts der wachsenden Zahl der Alten keine auskömmliche Renten mehr sichert. Kinderlose müssen zum Riester-Sparen verpflichtet werden, und Eltern müssen eine Kinderrente erhalten, die den zu erwartenden Rückgang des Rentenniveaus auffängt. Dann werden die natürlichen Anreize, Kinder in die Welt zu setzen, die die alte Rentenversicherung vertrieben hat, wieder gestärkt.

Das, meine Damen und Herrn, ist meine Analyse und mein Programm.

Es ist das Programm eines Wissenschaftlers, der keiner Partei angehört und der auch nicht gewählt werden will, sondern nur den Versuch unternommen hat, einer aufmerksamen Zuhörerschaft seine Gedanken und Einschätzungen zum ökonomischen Zustand seines Vaterlandes darzulegen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.